LATEINAMERIKA 08.06.2026 | Ricardo Hausmann

Boom ohne Aufbruch

Mehr Öl, mehr Geld, mehr Stabilität? Venezuelas vermeintliche Erfolgsgeschichte wirft viele Fragen auf.

Kurz nach der Festnahme des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro lobte US-Präsident Donald Trump die neuen Machthaber des Landes. Delcy Rodríguez, Maduros Vizepräsidentin, die nach dessen Festnahme und Überstellung in die Vereinigten Staaten das Amt übernommen hatte, leiste „hervorragende Arbeit“, sagte Trump und fügte hinzu: „Das Öl wird wieder fließen, und große Geldsummen, wie man sie seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hat, werden dem venezolanischen Volk bald sehr helfen.“

Nach Trumps Äußerungen zu urteilen, müsste Venezuela einen Boom erleben. Und gemessen an Trumps bevorzugter Kennzahl ist dies auch der Fall: Die Ölproduktion ist gestiegen, wenn auch nur geringfügig, von 908 000 Barrel pro Tag Ende 2025 auf 1,03 Millionen im April. Da die USA die Öleinnahmen des Landes praktisch kontrollieren, liegt der Preis für venezolanisches Rohöl – das einst aufgrund amerikanischer Sanktionen mit hohen Preisnachlässen verkauft wurde – nun dank des Iran-Kriegs deutlich näher an den ungewöhnlich hohen internationalen Referenzpreisen. Theoretisch sollte Venezuela also in Dollars schwimmen. Aber ist das wirklich der Fall?

Die makroökonomischen Daten zeichnen ein völlig anderes Bild als die triumphalen Darstellungen aus Caracas und Washington. Seit Maduros Absetzung hat der offizielle Wechselkurs um mehr als 70 Prozent abgewertet. Im gleichen Zeitraum ist der Dollarkurs auf dem Parallelmarkt von 585 Bolívares auf über 730 gestiegen – ein Aufschlag von 32 Prozent gegenüber dem offiziellen Kurs.

Ein Ölboom sieht anders aus. Wenn Länder einen Anstieg der Exporteinnahmen verzeichnen, strömen Devisen ins Land, und die Währungen stabilisieren sich in der Regel oder werten auf. Venezuela bewegt sich jedoch in die entgegengesetzte Richtung: Die Währung verliert rapide an Wert, die Inflation beschleunigt sich, die Wirtschaftsleistung schwächt sich ab, und Dollars werden knapp.

Wo aber sind Venezuelas Petrodollars? Außerhalb des engsten Kreises um Trump und Rodríguez weiß das niemand. Und keine der beiden Regierungen hat sich bisher die Mühe gemacht, diese grundlegenden Informationen offenzulegen.

Die operative Kontrolle über den venezolanischen Ölsektor scheint im Weißen Haus konzentriert zu sein.

Diese Intransparenz ist zum bestimmenden Merkmal der neuen politischen Ökonomie Venezuelas geworden. Die Öleinnahmen des Landes fließen nun auf Konten, die vom US-Finanzministerium unter der Leitung von Außenminister Marco Rubio verwaltet werden, ohne dass öffentlich Rechenschaft über die betreffenden Summen oder die Verwendung dieser Mittel abgelegt würde.

Die einzige Ausnahme gab es im Februar, als Rubio auf Druck des Kongresses gezwungen war, die Überweisung von 500 Millionen Dollar an Öleinnahmen nach Venezuela offenzulegen. Dieser Betrag entspricht jedoch nur einem Bruchteil dessen, was die Ölexporte des Landes eigentlich hätten einbringen sollen. Seitdem wurden keine weiteren Zahlen veröffentlicht.

Die operative Kontrolle über den venezolanischen Ölsektor scheint im Weißen Haus konzentriert zu sein, wobei Trumps neu gegründeter *National Energy Dominance Council* eine zentrale Rolle spielt. Schon der Name macht die Prioritäten der US-Regierung deutlich: Venezuela wird nicht als Projekt für den demokratischen Wiederaufbau betrachtet, sondern als strategischer Energierohstoff im Dienste amerikanischer Macht.

In politischen Systemen, die auf dem Zugriff auf wirtschaftliche Renten beruhen, ist Intransparenz keine Schwäche, sondern ein Strukturmerkmal. Venezuelas neue – angeblich unter starker Beteiligung der USA konzipierte und in aller Eile von der Nationalversammlung verabschiedete – Gesetzgebung zu Erdöl, Erdgas und Bergbau gewährt der Regierung beispiellose Ermessensfreiheit bei der Ausgestaltung von Verträgen. An die Stelle wettbewerblicher Ausschreibungen treten individuell ausgehandelte Vereinbarungen mit minimalen Kontroll- und Offenlegungspflichten.

Intransparenz verändert die Anreize. Transparente Systeme schränken den Ermessensspielraum ein, während in undurchsichtigen Strukturen politische Insider und bevorzugte Mittelsmänner wirtschaftliche Vorteile abschöpfen können. Es kursieren bereits Gerüchte, wonach Trump-Vertraute sich vorteilhafte Vereinbarungen zur Produktionsaufteilung

gesichert hätten. Ob jedes dieser Gerüchte tatsächlich stimmt, ist beinahe nebensächlich, da die Intransparenz eine Überprüfung unmöglich macht.

Die USA haben politische und bürgerliche Freiheiten faktisch gegen den Zugang zu Öl eingetauscht.

Dieselbe Logik scheint auch die sich abzeichnende Umschuldung Venezuelas zu bestimmen. Neuverhandlungen über Staatsschulden beginnen in der Regel damit, dass der Internationale Währungsfonds eine Nachhaltigkeitsanalyse durchführt, um zu ermitteln, wie viele Schulden ein Land bei gleichzeitiger Sicherung von Wachstum und Stabilität realistisch bedienen kann. Auf dieser Grundlage wird ein tragfähiger Rückzahlungsplan festgelegt, der den Regierungen Verhandlungsmacht gegenüber den Gläubigern verschafft.

Geierfonds, die mittlerweile zu den größten Gläubigern Venezuelas zählen, lehnen diesen Ansatz ab, da er oft mit höheren Abschlägen und strengerer Aufsicht einhergeht. Sie bevorzugen eine Umstrukturierung außerhalb des IWF-Rahmens – eine Vorgehensweise, die offenbar an Zustimmung gewinnt, da Vertreter der Trump-Regierung es vorziehen, sich mit Anleihegläubigern statt mit multilateralen Institutionen zu einigen. Durch den Bruch mit dem traditionellen Prinzip der Vorrangstellung öffentlicher Gläubiger würde sich das Machtverhältnis zugunsten privater Akteure verschieben, die auf die Maximierung kurzfristiger Renditen aus sind – selbst auf die Gefahr hin, Venezuelas Schuldenlast auf ein untragbares Maß zu erhöhen.

Der deutlichste Hinweis auf die Prioritäten der Trump-Regierung ergibt sich aus den Themen, die im offiziellen Diskurs kaum noch eine Rolle spielen. Die Venezuela-Politik der USA orientierte sich einst an demokratischen Wahlen, an der verfassungsmäßigen Ordnung und an den Menschenrechten. Heute gibt es kaum noch Druck, einen Wahlkalender festzulegen, eine unabhängige Wahlbehörde einzusetzen oder das Wählerverzeichnis für Millionen von Venezolanern im Ausland und für jüngere Menschen im Inland wieder zu öffnen. Auch werden kaum Anstrengungen unternommen, um die sichere Rückkehr der im Exil lebenden Oppositionsführerin und Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado zu gewährleisten. Die USA haben politische und bürgerliche Freiheiten faktisch gegen den Zugang zu Öl eingetauscht.

Unterdessen gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Repression des Regimes nachlässt. Laut *Foro Penal*, einer Menschenrechtsorganisation, die Opfern willkürlicher Inhaftierungen und ihren Familien hilft, sitzen

473 politische Gefangene weiterhin hinter Gittern. Seit Maduros Festnahme am 3. Januar wurden Berichten zufolge mehr als 8 Menschen aus politischen Gründen in Haft genommen.

Den herrschenden Eliten Venezuelas garantiert diese Intransparenz das politische Überleben, ihren amerikanischen Pendants eröffnet sie Geschäftsmöglichkeiten.

Besonders aufschlussreich ist der Fall von Víctor Hugo Quero Navas. Er wurde im Januar 2025 verhaftet. Seine Familie versuchte wiederholt, ihn ausfindig zu machen, wurde jedoch erst im vergangenen Monat darüber informiert, dass er bereits im Juli vergangenen Jahres in Haft verstorben sei. Eine Erklärung dafür gibt es bis heute nicht, und niemand wurde strafrechtlich verfolgt.

Dies erklärt teilweise das wachsende Unbehagen der venezolanischen Bevölkerung. Viele befürchten, dass das Land auf einen neuen Status quo zusteuert, in dem Wahlen, der Wiederaufbau staatlicher Institutionen und demokratische Reformen auf unbestimmte Zeit verschoben werden, weil zu viele mächtige Akteure vom bestehenden System profitieren.

Den herrschenden Eliten Venezuelas garantiert diese Intransparenz das politische Überleben, ihren amerikanischen Pendants eröffnet sie Geschäftsmöglichkeiten. Das Ergebnis ist eine auffällige Überschneidung der Interessen: Venezolanische Machtzirkel erhalten politischen Rückhalt und internationalen Schutz, während sich gut vernetzte Akteure in den USA privilegierten Zugang zu Ölvorkommen und lukrativen Finanzgeschäften sichern.

Während sich Trumps Gefolgsleute und Vertreter des neuen Machtapparats bereichern, bricht der Bolívar ein, die Preise steigen, und die einfachen Venezolaner müssen tatenlos zusehen, wie andere ihr Land unter sich aufteilen. Wer politisch überleben will, muss sich offenbar nicht mehr abschotten. Sich mit anderen einflussreichen Akteuren zu verbünden, erweist sich als weitaus profitabler.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Helga Klinger-Groier



Ricardo Hausmann

Boston

Ricardo Hausmann ist Gründer und Direktor des *Growth Lab* der *Harvard Kennedy School* sowie Professor für Internationale Politische Ökonomie. Der Entwicklungsökonom und ehemalige venezolanische Planungsminister zählt zu den weltweit einflussreichsten Forschern zu Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Entwicklungsstrategien.